

InfoGrün

Schluss mit dem Rumlavieren

Landesregierung muss Steuersenkungspläne des Bundes ablehnen



MdL Winfried Kretschmann
Fraktionsvorsitzender

Steuerschätzer sehen nur geringe Mehreinnahmen für 2009/2010. Die geplanten Steuersenkungen sind vor der Hintergrund der Schuldenbremse eine ‚Anstiftung zum Verfassungsbruch‘ gegenüber den Ländern.

Kretschmann: „Das Rumlavieren muss endlich ein Ende haben – die Landesregierung muss in Berlin intervenieren“.

„Die Landesregierung ist der Öffentlichkeit eine Erklärung schuldig, wie angesichts der Prognose der aktuellen Steuerschätzung eine Steuersenkung funktionieren soll, ohne den Landeshaushalt vollends abstürzen zu lassen“, sagt Winfried Kretschmann mit Blick auf die jetzt bekanntgewordenen Zahlen der Novembererhebung über die zu erwartenden Steuereinnahmen. Kretschmann fordert die Landesregierung auf, in Berlin zu intervenieren: „Die Pläne der Bundesregierung sind absurd. Im Dezember will die Landesregierung einen Doppelhaushalt vorlegen, in dem bereits jetzt Löcher klaffen, bei denen es einem schwindlig werden kann. Zur Deckung des strukturellen Defizits des Haushalts in Höhe von 2 Milliarden Euro jährlich hat weder Finanzminister Stächele, noch der scheidende Ministerpräsident Oettinger, noch sein Nachfolger Mappus auch nur einen einzigen Vorschlag präsentiert.“

Presseberichten zufolge werden die zusätzlichen Einnahmen des Bundes in diesem Jahr lediglich 2 Milliarden betragen, im kommenden Jahr rechnen die Steuerexperten mit Mehreinnahmen von 3,5

Milliarden. Angesichts der drückenden Schuldenlasten im Bund und im Land ist eine Senkung der Einkommenssteuer um 24 Milliarden pro Jahr nicht mehr darstellbar. Während aber in anderen Bundesländern selbst FDP-Minister sich von den Versprechungen ihrer Bundespartei distanzieren, ist aus dem Lande hier nichts zu hören. Kretschmann: „Besonders dem designierten Ministerpräsident Mapus, der im Gegensatz zum amtierenden Ministerpräsident Oettinger mit auf dem Steuersenkungskurs der FDP war, muss klar sein, dass mit dem Amt auch die entscheidende haushaltspolitische Verantwortung auf ihn zu kommt. An den illusionären Steuersenkungen festhalten und die sich auftuenden schwarz-gelben Löcher im Haushalt stopfen wollen, ist nicht vereinbar. Das Rumlavieren muss endlich ein Ende haben.“

„Wir brauchen in Baden-Württemberg bis 2020 schon jetzt - ohne weitere Steuersenkungen - eine durchschnittliche Einsparung von 1 Milliarde Euro pro Jahr, um die Schuldenbremse des Grundgesetzes 2020 einzuhalten. Die geplanten Steuersenkungen sind eine ‚Anstiftung zum Verfassungsbruch‘ gegenüber den Ländern.“

Winfried Kretschmann
Fraktionsvorsitzender

Kretschmann abschließend: „Wir brauchen in Baden-Württemberg bis 2020 schon jetzt - ohne weitere Steuersenkungen - eine durchschnittliche Einsparung von 1 Milliarde Euro pro Jahr, um die Schuldenbremse des Grundgesetzes 2020 einzuhalten. Die geplanten Steuersenkungen sind eine ‚Anstiftung zum Verfassungsbruch‘ gegenüber den Ländern.“